

PLENUM 2024



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Stabile Rente mit dem Rentenpaket II

GABRIELA HEINRICH:

Endlich: Ein europäisches Lieferkettengesetz

CARSTEN TRÄGER:

Wir kämpfen entschlossen gegen Rassismus

JAN PLOBNER:

Der Führerschein muss bezahlbar bleiben

MARTINA STAMM-FIBICH:

Thailand – die politische Verfolgung geht weiter

Stabile Rente mit dem Rentenpaket II

Bundesminister Hubertus Heil legt ein neues Paket zur Stabilisierung des Rentenniveaus und dem Aufbau eines Generationenkapitals vor.

Das Rentenpaket II markiert einen Meilenstein in der Rentenpolitik. Durch die Stabilisierung des Rentenniveaus auf mindestens 48 Prozent zeigt die Bundesregierung ein klares Engagement für die Sicherung einer angemessenen Altersversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger, die ihr Leben lang gearbeitet haben.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat einen Gesetzesentwurf zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung, das Rentenpaket II, eingeführt. Die Auswirkungen des Rentenpakets II sind von großer Tragweite. Sowohl die aktuelle Generation von Rentner*innen als auch junge Menschen können darauf vertrauen, nach ihrem Arbeitsleben eine finanziell abgesicherte Rente zu erhalten. Dies schafft nicht nur soziale Sicherheit, sondern stärkt auch das Vertrauen in das Rentensystem und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Rentensicherheit durch stabilen Arbeitsmarkt

Ein wichtiger Aspekt des Rentenpakets II ist seine Verknüpfung mit einem stabilen Arbeitsmarkt. Durch gezielte Maßnahmen zur Förderung von fair bezahlter Arbeit, zur Weiterbildung und Qualifizierung der Beschäftigten

sowie zur Integration von Geflüchteten wird nicht nur die Rentensicherheit gestärkt, sondern auch die Wirtschaft und die soziale Gerechtigkeit gefördert.

Keine Erhöhung des Rentenalters

Die klare Ablehnung einer Erhöhung des Renteneintrittsalters verdeutlicht das Bekenntnis der Bundesregierung zu einer gerechten Rentenpolitik. Diese Maßnahme würde viele Rentnerinnen und Rentner, insbesondere jene, die körperlich anspruchsvolle Tätigkeiten ausüben, unverhältnismäßig belasten. Stattdessen setzt die Regierung auf präventive Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Menschen bis zum Eintritt in die Rente gesund und arbeitsfähig bleiben.

Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent

Mit dem Rentenpaket II löst die Ampelkoalition ein zentrales Versprechen ein. Es ist ein entscheidender Schritt hin zu einer solidarischeren Gesell-



Mit dem Rentenpaket II löst der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, ein zentrales Wahlversprechen der SPD zur Sicherung der Rente ein.
F: Dominik Butzmann/BMAS

schaft, in der alle Bürgerinnen und Bürger im Alter ein würdevolles Leben führen können. Das zeigt, dass die Bundesregierung die Bedürfnisse der Menschen ernst nimmt und konkrete Maßnahmen ergreift, um die Rentensicherheit zu gewährleisten und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Eine stabile Altersvorsorge ist nicht nur ein Grundrecht, sondern auch ein entscheidender Faktor für den sozialen Frieden und die Wirtschaftsentwicklung. Durch die Stärkung des Rentenniveaus auf mindestens 48 Prozent wird sichergestellt, dass die Renten auch weiterhin eine angemessene Höhe erreichen und den Lebensstandard im Alter sichern.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Endlich: Ein europäisches Lieferkettengesetz

Alles Mauern der FDP hat nichts genutzt. Die SPD hatte in der Großen Koalition ein deutsches Lieferkettengesetz durchgesetzt, jüngst folgte das europäische. Das schützt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch Kinder, vor Ausbeutung und setzt ökologische Standards.

Nach zähem Ringen gab es Mitte März dann doch eine Mehrheit unter den EU-Staaten für ein europäisches Lieferkettengesetz zum Schutz der Menschenrechte. Deutschland musste sich – leider – enthalten, weil es der FDP zu weit ging. Die FDP hatte befürchtet, dass die Unternehmen über die Maßen belastet würden. Was letztlich Unsinn ist! Denn auch durch das deutsche Lieferkettengesetz gab es keine Pleitewelle, Jobverluste oder Ähnliches.

Große Unternehmen sollen künftig zur Rechenschaft gezogen werden, wenn Teile ihrer Lieferketten auf Kinder- oder Zwangsarbeit außerhalb der EU basieren. Firmen müssen außerdem sicherstellen, dass ihre Geschäfte mit den Vereinbarungen des Klima-Abkommens von Paris konform gehen.

Wer hat was vom Lieferkettengesetz?

Zuerst einmal geht es um Menschen. Entwicklungsministerin Svenja Schulze hat es so ausgedrückt: „Arbeiterinnen und Arbeiter, die unter schwierigsten Bedingungen und zu niedrigsten



Während einer Dienstreise war mein Eindruck, dass es in dieser Textilfabrik in Burkina Faso fair zugeht. *F: Ute Grabowsky/photothek*

Löhnen für uns produzieren; zur Arbeit gezwungene Kinder, die nicht zur Schule gehen können, die Menschen, denen Umweltzerstörung die Lebensgrundlage entzieht“. Und, im Gegenteil zu dem, was die FDP sagt, haben auch die deutschen Unternehmen etwas davon. Das hat Arbeitsminister Hubertus Heil auf den Punkt gebracht: „Mit dem Lieferkettengesetz werden faire Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen in Europa geschaffen.“ Gemeint ist damit, dass es eben keinen Wettbewerbsvorteil bringen darf, wenn Menschen für Rohstoffe oder die Fertigung von Produkten ausgebeutet werden. Auch auf Kosten der Umwelt Geschäfte zu machen, ist natürlich billiger als die Umwelt zu schützen. Die Firmen, die auf faire Bedingungen achten, wären im Nachteil.

Die betreffende EU-Richtlinie gilt zunächst nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren für Firmen mit über 1000 Beschäftigten und 450 Millionen Euro Umsatz. Drei Jahre Übergangsfrist sind es für Unternehmen mit mehr als 5000 Beschäftigten und mehr als 1,5 Milliarden Euro Umsatz weltweit. Das Europäische Parlament muss noch zustimmen, aber das gilt wohl als Formsache. Abgestimmt werden soll schon im April.

Zugegeben – der jetzt von einer Mehrheit der Mitgliedsstaaten angenommene Gesetzentwurf sieht etwas weniger strenge Regeln vor als der ursprüngliche Entwurf. Aber auch in Europa müssen Kompromisse sein, anders hätten wir gar keine Regeln für die Lieferketten bekommen.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Wir kämpfen entschlossen gegen Rassismus!

Der 21. März ist der Internationale Tag gegen Rassismus. Der Kampf gegen Rassismus steht oben auf der Agenda der Regierungskoalition. Denn er ist schmerzhafter Alltag für viel zu viele Menschen in Deutschland und eine Gefahr für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Menschen dürfen niemals aufgrund ihrer Herkunft und Hautfarbe diskriminiert, bedroht oder verletzt werden. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, nicht verhandelbar und Grundlage unserer Demokratie. Und dennoch nehmen Hass und Hetze zu – in der Gesellschaft, in den Medien und seit einigen Jahren auch im Deutschen Bundestag.

Dem stellen wir uns als SPD-Fraktion klar entgegen. Wir sehen die Opfer, schützen sie und treten Menschenfeinden entgegen. Jeder Mensch ist gleich viel wert, keine Herkunft, Religion oder Hautfarbe mehr wert als eine andere. Es klingt drastisch, aber: Wer das nicht verstehen will, ist und bleibt ein

Die traurige Realität ist aber: Rassismus ist kein Randphänomen unserer Gesellschaft. Im Gegenteil: Viele Menschen machen rassistische Erfahrungen im Alltag, mal subtil, mal deutlich werden sie Opfer von Ausgrenzung und Zuschreibungen. Darauf machen wir immer wieder aufmerksam, zum Internationalen Tag gegen Rassismus, aber auch an jedem anderen Tag im Jahr. Wir gehen aber auch politisch gegen den Rassismus vor.



Das wichtigste politische Instrument für den Kampf gegen Rassismus ist der **„Nationale Aktionsplan gegen Rassismus“** der Bundesregierung. Der Aktionsplan gibt einen Überblick über bisherige sowie geplante Maßnahmen in den Handlungsfeldern Menschenrechtspolitik, Schutz vor Diskriminierung und Ahndung von Straftaten, Bildung, politische Bildung, gesellschaftliches und politisches Engagement für Demokratie und Gleichwertigkeit, Diversität im Arbeitsleben, Aus- und Fortbildung, Stärkung interkultureller und sozialer Kompetenz im Beruf, Rassismus und Hass im Internet sowie Forschung.

Das zentrale Förderprogramm im Aktionsplan wiederum sind **„Demokratie leben!“** und die lokalen Partnerschaften für Demokratie. Mit einem Fördervolumen von derzeit 182 Millionen Euro ist **„Demokratie leben!“** das größte Präventionsprogramm des Bundes.

Die neue Förderperiode startet 2025, das Interessenbekundungsverfahren für Projektträger für die Förderung ab 2025 startet voraussichtlich im zweiten Quartal 2024.

Für die Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie wurden – in der Regel bei einem vor Ort verankerten zivilgesellschaftlichen Trägerverein – Koordinierungsstellen eingerichtet. In Mittelfranken gibt es Partnerschaften für Demokratie in Fürth, Nürnberg und Erlangen. Die Kontaktinformationen für die Beantragung von Projekten vor Ort sind auf <https://www.demokratie-leben.de> zusammengestellt. Förderanträge können dort in der Regel jährlich gestellt werden.

Den Kampf gegen Rassismus müssen wir alle gemeinsam führen, in der Politik und in der Gesellschaft, im Bundestag in Berlin und vor Ort. Wir werden das entschlossen tun.



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ jan.plobner@bundestag.de

☎ 030 - 227 71 577

🌐 www.jan-plobner.de

📘 facebook.com/janplobner.5

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Der Führerschein muss bezahlbar bleiben

Das Auto ist nach wie vor das zentrale Fortbewegungsmittel auf dem Land. Es ist notwendig für die alltäglichen Aufgaben des Privat- und Berufslebens. Allerdings sind die Kosten für einen Führerschein in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Das trifft vor allem junge Menschen aus einkommensschwachen Haushalten auf dem Land.

Kein Auto zu besitzen, bedeutet in der Regel in der eigenen Mobilität stark eingeschränkt zu sein. Die Wege zur Arbeit, zur Kita, zum Freibad sind lang. Der ÖPNV ist nicht flexibel und erreichbar genug, die nächsten Läden oft zu weit entfernt, um die schweren Einkäufe den gesamten Weg zu schleppen. Für junge Menschen ist das Auto ein wichtiges Mittel, ihre steigende Freiheit zu erreichen. Durch die extrem hohen Führerscheinkosten wird ihnen diese individuelle Mobilität schwer gemacht – das diskriminiert besonders junge Erwachsene aus einkommensschwachen Haushalten.

Durchfallquoten reduzieren

Der größte Kostentreiber für die steigenden Führerscheinkosten sind die hohen Durchfallquoten: nur 50 Prozent aller theoretischen und 60 Prozent aller praktischen Pkw-Führerscheinprüfungen werden derzeit bestanden. Die Tendenz ist seit Jahren sinkend. Dabei fallen für eine nicht bestandene Prüfung schnell mehrere hundert Euro an Zusatzkosten an: Prüfgebühren, Vorstellung zur Prüfung durch die



Foto: Markus Spiske/pixabay.com

Fahrschule, zusätzliche Fahrstunden zur Prüfungsvorbereitung.

Die hohen Durchfallquoten sind alarmierend und zeigen, dass es bei der Fahrausbildung Reformbedarf gibt. Deshalb ist es gut, dass die renommierte Bundesanstalt für Straßenwesen derzeit dazu forscht, wie wir die Fahrschülerausbildungsordnung – den gesetzlichen Leitfadens, den alle Fahrschulen befolgen müssen – sinnvoll aktualisieren können. Ein interessanter Punkt, der hier geprüft wird, ist die Einführung eines digitalen Theorieunterrichts.

Digitaler Theorieunterricht

Bereits während der Pandemie wurde der digitale Theorieunterricht angeboten. Online-Unterricht ist eine Möglichkeit, nicht nur die Fahrschüler*innen zu entlasten, sondern auch die

Fahrschulen zu unterstützen. Durch voraufgenommene, im Web jederzeit abrufbare Lehreinheiten könnte der Aufwand der Fahrlehrer*innen drastisch gesenkt werden. Das gibt den Fahrschulen mehr Kapazitäten für die praktische Fahrausbildung und kann die Kosten für die theoretische Ausbildung reduzieren. Zusätzlich können Fahrschüler*innen die Theorieeinheiten in einem selbst gewählten Tempo absolvieren. Gerade für den ländlichen Raum bietet sich hier eine große Chance: Die weiten Fahrtwege zu den Fahrschulen für den Theorieunterricht würden entfallen. Das senkt gleich doppelt die Kosten für Fahrschüler*innen: einerseits durch die geringen Ausbildungsbeträge, andererseits durch die wegfallenden Anfahrtkosten. Und: Es bräuchte kein „Elterntaxi“ mehr, um die Wege zur Fahrschule zu absolvieren.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Thailand – Die politische Verfolgung geht weiter

Mit dem Petitionsausschuss war die Vorsitzende Martina Stamm-Fibich auf Delegationsreise in Thailand und Kambodscha.

Wo genau wart Ihr?

» Wir waren in Bangkok und Pnom Penh, jeweils als Delegation von den Deutschen Botschaftern begleitet. Wir haben den Vorsitzenden des Committee on the Development of Politics, Mass Communication and Public Communication und den thailändischen Ombudsmann besucht. Natürlich durfte auch ein Besuch beim Goethe-Institut nicht fehlen. In Pnom Penh, waren wir zu einem Höflichkeitsbesuch beim Premierminister von Kambodscha, Samdech Moha Borvor Thipadei Hun Manet, in der Nationalversammlung, beim Human Rights Committee und im Austausch mit den politischen Stiftungen sowie der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit bei geförderten Projekte.

Welche Unterschiede zu unserer Politik sind Dir aufgefallen?

» Formale Institutionen und Ombudswesen versprechen nicht demokratische Bürgerbeteiligung. Aufgrund der strikten Strafverfolgung können die politische Rolle und die eventuellen politischen Eigeninteressen des Königshauses in Thailand nicht öffentlich thematisiert werden. Die Opposition muss fürchten, dass sie alle Rechte verliert und wegen Landesverrat angeklagt wird. Die jungen Parlamentarier von der Move



Die Ausschussvorsitzende Martina Stamm-Fibich mit dem Oppositionspolitiker Padipat Suntiphada von der Move Forward Party.

Forward Party müssen hohe Strafen fürchten bis hin zu einem Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts auf Lebenszeit. So wurde eine 16-Jährige zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt, weil sie Links mit leichter Kritik am König geteilt hat. Thailand braucht eine neue Verfassung, die seine Demokratie wiederbeleben kann. Die Umstände machen mich sehr nachdenklich.

Hattet Ihr Kontakt zur Opposition?

» Ja, wir hatten direkten Kontakt. Dass ich bei diesen Treffen die Oppositionspolitiker aus unserer Delegation vorgestellt habe, stieß regelmäßig auf große Verwunderung. Unsere politische Kultur des Neben- und Miteinanders von Regierung und

Opposition ist in Thailand und Kambodscha undenkbar.

Hast Du abseits der Politik etwas vom Land mitbekommen?

» Es war sehr eng getaktet. In Bangkok habe ich die ein oder andere Tempelanlage gesehen. In Kambodscha sind wir aufs Land gefahren. Die Leute haben wenig, aber sind zufrieden. Das mag auch an ihrem Glauben liegen, der andere Dinge lehrt, als wir das gewohnt sind. Die meisten Kinder gehen nur bis zur sechsten Klasse in die Schule. Das ist zu wenig. Thailand ist anders als Kambodscha eine alternde Bevölkerung. Die Probleme mit Umwelt- und Klimaschutz sind in beiden Ländern unübersehbar.